Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Laden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Weißenerstraße 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Pfeffinerstraße 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 3 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefaufbewahrung 10 Pf.

Nr. 2 | Dresden, Dienstag den 4. Januar 1927 | 38. Jahrg.

Sozialistisches Zusammenwirken

Für Freundschaft und Frieden

Vom Vorstand der Sozialistischen Partei Frankreichs ist an den deutschen Parteivorstand zu Händen des Genossen Otto Wels folgendes Schreiben eingetroffen:

Werte Genossen!

Sofort nach Empfang Ihres Telegramms betreffend das Urteil des Kriegsgerichts in Landau haben wir bei der französischen Regierung dringliche Schritte unternommen, um dieses abscheuliche Urteil praktisch wirkungslos zu machen. Namentlich war unser Genosse Léon Blum ganz besonders darum bemüht. Wir wollen natürlich nicht behaupten, daß die getroffenen Maßnahmen allein den sozialistischen Schritten zu danken sind, aber wir haben Grund, anzunehmen, daß diese nicht ohne Einfluß auf die Entscheidung der Regierung gewesen sind.

Es war jedenfalls eine Freude für uns, in dieser Angelegenheit wieder einmal an der Annäherung beider Länder mitzuwirken, wie wir es stets getan haben, und entschieden gegen alles Front zu machen, was die traurigen Erinnerungen an einen mörderischen Bruderkrieg lebendig erhalten könnte.

Anderseits haben wir mit lebhafter Genugtuung von den mutigen Erklärungen Eurer Führer im Reichstag gegen gewisse nationalistische und militaristische Bestrebungen Kenntnis genommen.

So führen die beiden großen sozialdemokratischen Parteien den gleichen Kampf für den Frieden der Welt und für die notwendige Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland. So erfüllen wir gemeinsam unsre volle Pflicht gegenüber den eigenen Völkern und gegenüber der Internationale.

Mit brüderlichen Grüßen

Der stellvertretende Generalsekretär: gez. Séverac.

•

Briand erregt Sturm

Die „nationale Einheit" vor der Krise

P. Paris, 3. Januar. (Eig. Drahtb.)

Die Erklärungen, die Außenminister Briand dem Matin gegenüber zum Jahreswechsel abgegeben hat und in denen er zum ersten Male in der Presse rückhaltlos für seine Locarno-Politik als die einzigmögliche Politik der Gegenwart eintritt, finden in hiesigen politischen Kreisen große Beachtung. Man sieht sogar einen Vorstoß Briands gegen das Kabinett Poincaré darin, und verschiedene Blätter, so der Intransigeant, sprechen bereits von Krisenluft. Sie sehen eine Bestärkung dieser ihrer Auffassung in der Eindringlichkeit, mit der Briand betonte, es müsse sofort nach Wiederzusammentritt der Kammer eine präzise Aussprache über die auswärtige Politik der Regierung herbeigeführt werden, in der sämtliche Parteien gezwungen werden sollten, dazu Stellung zu nehmen. Es liegt auf der Hand, daß eine derartige Debatte, wenn sie zustandekommt, den Bestand des „Ministeriums der nationalen Einheit" ernstlich gefährden muß, da es kein Geheimnis ist, daß manche Minister und vor allem Poincaré nicht, die Locarno-Politik Briands restlos teilen. Briand hat wohl gewußt, daß seine sensationellen Erklärungen ein Unbehagen in ministeriellen Kreisen und einen Sturm bei der Oppositionspresse hervorrufen mußten. Diese fühlt sich äußerst beunruhigt und fragt sich, was Briand mit seinem plötzlichen Vorstoß gegen das Kabinett bezwecke. Er sei sonst keineswegs der überstürzte Politiker und könne zweifellos nicht verkennen, daß im gegenwärtigen Augenblick eine Krise, ja lediglich eine Umbildung des Kabinetts, wie sie vielleicht durch eine Aussprache über die Briandsche Außenpolitik herbeigeführt werde, ernstliche Gefahren nach sich ziehen würde.

Briand scheint die Wirkung seiner Erklärungen von der politischen Atmosphäre fern von Paris abwarten zu wollen; er hat sich am Montag nachmittag zu einem Aufenthalt von zehn Tagen im Auto nach Südfrankreich begeben.

•

Eine gute Antwort

P. Brüssel, 3. Januar. (Eig. Drahtb.) Der katholische Abgeordnete Mernier der belgischen Kammer, der sich besonders schlau dünkt, stellte an den sozialistischen Außenminister Vandervelde folgende parlamentarische Anfrage: „Nach Zeitungsberichten hat der Außenminister seine große Genugtuung über die Beseitigung der interalliierten Militärkontrolle in Deutschland geäußert. Würde der Herr Minister mir mitteilen, welche Gründe nationaler Art er für dieses Gefühl der Genugtuung hat? Hat Deutschland etwa irgendwelche neuen ihm durch den Versailler Vertrag auferlegten Verpflichtungen hinsichtlich unserer Sicherheit oder der Reparationen erfüllt?"

Vandervelde erteilte darauf die folgende Antwort: „Die Minister sind für ihre Handlungen, nicht aber für ihre Gemütszustände verantwortlich. Ich will aber dem ehrenwerten Herrn Abgeordneten nicht meine Befriedigung — die übrigens von den Herren Briand und Chamberlain geteilt wird — darüber verheimlichen, daß nachdem Deutschland die von ihm übernommenen Abrüstungsverpflichtungen erfüllt hat, es möglich geworden ist, die interalliierte Militärkontrolle durch das im § 213 des Friedensvertrages vorgesehene Investigationssystem des Völkerbundes zu ersetzen."

Bells Jubiläumsrede

„Der Fels in brausenden Wogen ..."

Zum fünfzigjährigen Jubiläum des Reichsjustizministeriums hielt anläßlich der gestrigen Feier in Berlin der Reichsjustizminister Bell eine Rede, in der er sagte:

Vollständig neue und verantwortungsschwere Aufgaben erwuchsen der Reichsjustizverwaltung in der Kriegszeit. Da galt es, die für friedliche Verhältnisse geschaffenen Rechtseinrichtungen auf die Nöte der Kriegsverhältnisse umzustellen, vor allem die wirtschaftliche Existenz derer, die draußen um Deutschlands Bestehen kämpften, zu sichern und zu schützen. Noch viel schwereren und verantwortungsvolleren Aufgaben mußte dann aber die Reichsjustizverwaltung gerecht werden, als das von der Ueberzahl seiner Feinde nach heldenmütiger Ausdauer schließlich erdrückte und durch 50 Monate übermenschlicher Anstrengungen und Entbehrungen zermürbte Vaterland zusammenbrach.

In dem drohenden Chaos und in der furchtbaren Gefahr der Zersetzung von außen und von innen erwuchs dem Recht die ragende Aufgabe, sich nicht von der Macht in den Hintergrund drängen zu lassen, sondern wie ein Fels im Meer den brausenden Wogen Halt zu gebieten. Dieser wahrhaft staatserhaltenden und volkschützenden Aufgabe zeigte sich das deutsche Recht in den Zeiten höchster Not und Gefahr, dank der dem deutschen Volke trotz des Zusammenbruches gebliebenen Verantwortungsstärke, gewachsen.

Damals, als es sich zeigen sollte, daß nicht der Gewalt, sondern nur dem Recht die Kraft innewohnt, den Dingen dauernde Gestalt zu geben, bestand das trotz schwerster Prüfungen und Heimsuchungen von Rechtsbewußtsein getragene deutsche Volk die Feuerprobe. Unsagbar dornenvoll freilich war der Weg, der bei Neuordnung der Verhältnisse Schritt für Schritt zurückzulegen war. Lassen Sie mich schließen mit einem aus tiefstem Herzen entsprungenen Festeswunsch, dessen Verwirklichung zugleich höchstes vaterländisches Ziel und vornehmstes Pflichtgebot bedeutet für das meiner Leitung anvertraute Reichsjustizministerium. Mögen Recht und Gerechtigkeit die Grundpfeiler bleiben für das Staatsgebäude der Deutschen Republik! Mögen Rechtsgedanke und Staatsgesinnung fest verankert sein im deutschen Volke! Mögen Rechtfindung und Rechtsprechung, getragen von den ewigen Grundsätzen der Sittlichkeit und der Gerechtigkeit, allen berechtigten Anforderungen und Fortschrittsentwicklungen der Neuzeit entsprechen und einen Jungbrunnen finden in der Erneuerung deutschen Volkslebens! Mögen alle berufenen Organe der Justiz in treuer Hingebung für das Staatsganze und für das Volkswohl als das oberste Gesetz opferkräftig wirken für die Justiz und für die verständnisvolle Mitarbeit aller Volksschichten an unsrer Rechtsentwicklung! Mögen deutscher Volksstaat und deutsche Justiz, füreinander und ineinander arbeitend, sich wechselseitig schützen und stützen, nach dem Wahlspruch: „Treue um Treue, Vertrauen um Vertrauen!"

Der deutsche Staatsbürger ist daran gewöhnt, bei offiziösen Feiern eine Flut offiziöser Phrasen entfesselt zu sehen. Wir wollen darum mit den Aeußerungen des Reichsjustizministers im einzelnen nicht rechten, aber bei der Kitzlichkeit des Themas und der ungeheuren Wichtigkeit des Objekts wäre es verantwortungsbewußter gewesen, wenn der Minister in seinem Lob etwas mehr Zurückhaltung an den Tag gelegt hätte. Die deutsche Justiz war leider nicht der „Fels im Meer", der sich den „volksschützenden Aufgaben gewachsen" zeigte. So schlecht dies Bild auch sein mag — es ist immer noch nicht derart unzulänglich, wie es die deutsche Justiz in den schwersten Zeiten des neuen Staates war. Sie versagte nicht gegen den Putschismus von links — den traf das Schwert der deutschen Nemesis mit drakonischer Schärfe. Aber gegen die Bolschewisten von rechts, gegen die Untaten der faschistischen Banden verhielt sich die Justiz wie zu einem befreundeten Lager. Wenn sich die Republik und die neue Verfassung in den Nachkriegsstürmen behaupteten, so geschah das trotz der deutschen Justiz! An ihr ist von sachlich berufenen und politisch leitenden Stellen so oft Kritik geübt worden, daß Herr Dr. Bell bei seiner Festrede dies weder hätte vergessen noch übergehen dürfen, wenn er hinreichend Gefühl für gewisse peinliche Tatsachen hätte und wenn er der deutschen Rechtspflege einen Dienst erweisen wollte!

Westarp und Held

D. München, 3. Januar. (Eig. Drahtb.) Erst jetzt wird bekannt, daß in den letzten Tagen der deutschnationale Parteiführer Graf Westarp in München weilte, wo er eingehende Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten Dr. Held hatte. Man gehe wohl kaum fehl in der Annahme, daß es sich dabei um Einwirkungsversuche des deutschnationalen Grafen auf die Haltung der Bayerischen Volkspartei in der Frage der Regierungsbildung im Reiche gehandelt hat. Wenn Westarp diesen Weg wählte, so ist das nicht verwunderlich, nachdem Dr. Held seit langem bekannt ist als wärmster Befürworter des Bürgerblocks und der deutschnationalen Regierungsansprüche unter grundsätzlicher Ausschaltung der Sozialdemokratie. Offiziell wird in Abrede gestellt, daß es sich bei den Besprechungen der beiden Parteiführer auch um die etwa brüchig gewordene Regierungskoalition in Bayern gehandelt hat.

Schwarze Gelder

Woher die Mittel für das illegale Wehrsystem?

Von Dr. Paul Hertz, M. d. R.

Bei der Erörterung der Mißstände in der Reichswehr ist leider die finanzielle Seite völlig in den Hintergrund getreten. Aber gerade diese Seite ist besonders wichtig, denn sie zeigt, daß hier mindestens Dutzende von Millionen, die aus Steuergeldern mühselig aufgebracht werden müssen, für außen- und innerpolitisch höchst bedenkliche Zwecke verschwendet werden. Dazu kommt, daß hier offenbar schwere Verstöße gegen etatsrechtliche Grundsätze vorliegen, da weder die Zwecke noch die Gelder von der Reichsregierung oder dem Reichstage angefordert, geschweige denn bewilligt worden sind.

Was ist der Tatbestand? Seit 1923 besteht die sogenannte Gefu. (Gesellschaft zur Förderung gewerblicher Unternehmungen). Sie wurde gegründet, um den vom Reichswehrministerium im Ausland betriebenen Aufbau von Unternehmungen auf dem Gebiete der Rüstungsindustrie zu bearbeiten. Sie hat eine Filiale in Moskau mit eigenem Vertreter. Es gibt sogar eine russische Schwesterorganisation namens Metachim (abgeleitet von Metallurgie und Chemie).

Die Gefu ist die Stelle, die die Einrichtung der Junkersfabrik in Rußland zum Zweck der Fabrikation von Kriegsflugzeugen und Motoren geleitet hat. Sie hat ferner die wirtschaftliche und finanzielle Leitung bei der Einrichtung der Giftgasfabrik in Trozk im Gouvernement Samara während der Jahre 1923 bis 1926 gehabt. Ohne Zweifel ist sie auch an der Munitionsfabrikation in Rußland entscheidend beteiligt. Sie ist am 10. Oktober 1925, laut Schreiben des Oberstleutnants Senftleben vom Reichswehrministerium, offiziell mit der Vertretung der Interessen des Reichswehrministeriums betraut worden. Ueber die engsten persönlichen und sachlichen Beziehungen zwischen ihr und dem Reichswehrministerium bestehen nicht die geringsten Zweifel. General von Seeckt hat in einem eigenhändigen Schreiben vom 18. August 1924 ausdrücklich „das Verhalten der Gefu in allen Teilen gebilligt".

Beträge von erheblicher Höhe haben der Gefu für diese Zwecke zur Verfügung gestanden. Nach zuverlässigen Mitteilungen hat sie vom Jahre 1923 an über 70 Goldmillionen verfügt. Ihre Zahlungen sind stets an die Russische Staatsbank und andere große Banken in Moskau erfolgt. Dabei bediente sie sich der Verbindung über einen der größten Neuyorker Banktrusts. Ihre Ueberweisungen waren so hoch, daß ihr noch im vergangenen September von Moskau vorgeschlagen wurde, mit Rücksicht auf den Zinsverlust telegraphische Ueberweisungen nach Moskau vorzunehmen. Noch in jüngster Zeit wurden aller 8 bis 14 Tage Beträge in Höhe von 10 000 bis 50 000 Dollar auf diese Weise nach Moskau überwiesen. Am 20. Mai 1925 wurde sogar auf einmal ein Betrag von 550 000 Dollar, also 2,2 Millionen Goldmark, an die Russische Staatsbank überwiesen. Damit nicht genug, sind auch Gelder in das faschistische Italien geflossen, die Hunderttausende von Lire ausmachen.

Die Aufrüstungsunternehmungen sind aber auch direkt vom Reichswehrministerium finanziert worden. Nach dem oben bereits erwähnten Briefe des Generals von Seeckt vom 18. August 1924 hat das Waffen- und Truppenamt am 5. Mai 1924 Junkers einen Betrag von 8 Millionen zugesagt. Er ist auch gezahlt worden.

Der dritte Fall der schwarzen Finanzierung betrifft das Konto des Obersten Buchholz bei der Darmstädter und Nationalbank in Berlin. Dieses Konto besteht seit anderthalb Jahren. Sein Inhaber ist der Oberst Buchholz, der Leiter der Pionier-, Waffen- und Munitionsabteilung im Reichswehrministerium ist. Auf dieses Konto werden von einem Ministerialamtmann des Reichswehrministeriums, namens Spangenberg, in Abständen von etwa 14 Tagen Beträge in Höhe von 1½ bis 2 Millionen Mark persönlich eingezahlt. Die letzten Einzahlungen durch Spangenberg erfolgten Ende Oktober und November in Höhe von 1 und 1,7 Millionen Mark. Die Gesamtsumme der Einzahlungen pro Jahr beläuft sich also auf rund 35 Millionen Goldmark.

Daß alle diese Finanzierungen auch von ihren Urhebern für bedenklich gehalten und der öffentlichen Kenntnis entzogen werden sollen, geht aus folgenden Tatsachen hervor. Am 1. Mai 1926 hat sich die Gefu plötzlich in Wiko (Wirtschaftskontor) umgetauft. Damals war gerade der Fall Junkers ruchbar geworden. Man hielt deshalb eine neue Tarnung für notwendig, um ungestört weiterarbeiten zu können. Als Anfang Dezember die illegale Tätigkeit der Gefu im Reichstag und im Preußischen Landtag enthüllt wurde, ist ihr Konto, ebenso wie das Konto Buchholz, binnen 24 Stunden abgehoben worden! Entgegen allen banktechnischen Gebräuchen erfolgen stets alle Ein- und Auszahlungen auf das Konto Buchholz in bar, obwohl die Bank dauernd auf die Vorzüge des bargeldlosen Verkehrs hingewiesen hatte.

Dienen die Zahlungen der Gefu offenkundig zur Finanzierung der Rüstungsindustrie im Ausland, so hat es mit dem Konto Buchholz seine besondere Bewandtnis. Derselbe Ministerialamtmann Spangenberg, der die Einzahlungen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19270104/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG